

Wormser Wochenblatt

07.06.2009

Kommt das kommunale Wahlrecht für alle?

Kampagne „Demokratie braucht jede Stimme“ lud zur Podiumsdiskussion nach Worms

WORMS (usw) – Die Diskussion um das kommunale Wahlrecht für Ausländer begann mit einer saftigen, wenn auch unverschludeten Verspätung der beiden Mainzer Teilnehmer. Unmut kam unter den Podiumsteilnehmern und dem Publikum im Großen Saal des Hauses zur Münze aber nicht auf. Bis Miguel Vicente, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Ausländerbeiträge in Rheinland-Pfalz, und Daniel Köbler, Landesvorstandssprecher von Bündnis 90/Die Grünen, eintrudelten, stellte Henning Merker, Geschäftsführer des Diakonischen Werks Alzey-Worms, stellte schon mal die Kampagne vor: „Demokratie braucht jede Stimme“ vor Kernsatz: „Wir wollen das kommunale Wahlrecht für alle rechtmäßig

und dauerhaft in Deutschland lebenden EinwohnerInnen!“ Derzeitiger Sachstand ist, dass in auf Bundes- und Länderebene das aktive und passive Wahlrecht ausnahmslos an die deutsche Staatsbürgerschaft gebunden ist. Auf kommunaler Ebene dürfen auch EinwohnerInnen ohne deutschen Pass wählen – vorausgesetzt allerdings, es sind Angehörige von EU-Staaten. In der Podiumsrunde der vom Arbeitskreis Asyl und Ausländerbeirat organisierten Veranstaltung waren sich bis auf den Adolf Kessel (CDU) auch alle einig. Der designierte Landtagsabgeordnete sah die Einbürgerung als Ausdruck einer gelungenen Integration und deshalb als „Königsweg“ zur Wahlberechtigung. Dem hielt Torsten Jäger, Geschäfts-

führer des Interkulturellen Rates in Darmstadt, entgegen, dass die Bundesrepublik einerseits nach wie vor die Mehrstaatlichkeit prinzipiell verweigere, andererseits die Einbürgerungsvoraussetzungen so verschärft habe, dass viele sie gar nicht erfüllen könnten. MdB Klaus Hagemann (SPD) verwies auf das Grundgesetz, das gleiches Recht für alle vorsehe, und mahnte eindringlich, dass der Staat auf die Zuwanderung junger Menschen angewiesen sei. Zweitellos spielen Ängste eine große Rolle bei den Widerständen gegen das kommunale Wahlrecht, wie sie in einigen wenigen Beiträgen auch zur Sprache kamen. Man fürchtet die Überfremdung, insbesondere die Islamisierung. Vorherrschaft

war jedoch diese Meinung: „So lange wir unterscheiden in ‚wir und die‘, kann keine Gemeinschaft wachsen“, dröselte Daniel Köbler das Thema philosophisch auf. Was blieb an diesem Abend, der ohne aggressive Untertöne auskam, war die Hoffnung, dass steter Tropfen den Stein höhlt (Hagemann). Bis jetzt hat die große Koalition die Chance verpasst, durch eine Grundgesetzänderung die notwendigen Voraussetzungen für das kommunale Ausländerwahlrecht zu schaffen. Adolf Kessel räumte ein, dass die Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft durchaus ein gangbarer Weg sei. Und ganz sicher wird die Kampagne...

...Gemannt